

Oberbürgermeisterwahl 24.04.2022 in Magdeburg - Wahlanalyse "David gegen Goliath"

Das Positive vorweg: Der CDU-Kandidat Tobias Krull hat es nicht in die Stichwahl geschafft! Erst vor wenigen Monaten in den Landtag eingezogen, war ihm die Ehre, die Geschicke unseres Landes mitlenken zu können, offenbar nicht genug, so dass er sich nun als Magdeburgs Stadtoberhaupt beweisen wollte. Seinen Umgang mit dem Teil der Bevölkerung, der ihm nicht zu Füßen liegt, bewies er bei einer Vorstellungsrunde in der Johanniskirche, die auf youtube einsehbar ist. Die Vorsitzende der Liberalen Jüdischen Gemeinde, Frau Korshevnyuk, die seit langer Zeit gegen die Ungleichbehandlung ihrer Gemeinde vergeblich protestiert, trug sachlich und für jeden Menschen, der gewillt und in der Lage ist, zuzuhören, ihr Problem vor und erhoffte sich Unterstützung. Hr. Krull, dessen Aussagen wiederholt mit heftigem zustimmendem Nicken des AfD-Kandidaten Pasemann begleitet wurden, bügelte sie regelrecht ab und von den mitgebrachten Claqueuren seiner Partei wurde sie zusätzlich verhöhnt. Krull forderte von den Liberalen Jüdinnen und Juden "Kompromissbereitschaft". Da diese aber keinen Zugang zur neuen Synagoge haben werden, welchen Kompromiss sollen sie da schließen? Warum fordert Hr. Krull nicht von den von ihm unterstützten Orthodoxen endlich Kompromissbereitschaft? Als Landtagsabgeordneter und Vorstandsmitglied der orthodoxen Gemeinde hat er jede Möglichkeit, seinen Einfluss auf eine gerechte Behandlung geltend zu machen, statt weiter die Liberalen zu Jüdinnen und Juden 2. Klasse zu degradieren. Wie peinlich für unsere Stadt, wenn wir ein solches Stadtoberhaupt hätten?!

Das Ergebnis des Wahlsonntags zeigt wieder eindeutig, dass es ein nicht zu unterschätzendes Potential an "sonstigen" Wählerinnen und Wählern gibt, auch wenn eine Stimme für diese von vornherein keinen Erfolg verspricht. Wir waren uns dessen ja bewusst, hatten auch von vornherein erklärt, nicht über jedes Stöckchen zu springen und wir prüften von vornherein auch aufgrund unseres Zeitmanagements, welche Termine wir wahrnehmen, wobei der Umgang mit unserer Partei in den vorangegangenen Wahlen eine Rolle spielte. Wir traten vor allem an, um Präsenz zu zeigen und mit unserem Wahlprogramm eine Richtung aufzuzeigen, die einzuschlagen mit entsprechendem Kreuz auf dem Wahlzettel möglich wäre. Von Anfang an schlug unserer Kandidatin scharfer Wind entgegen. Kaum wurde ihre Bewerbung öffentlich bekannt, gingen Schlag auf Schlag die Anfeindungen los. Ein ehemaliger NPD-Stadtrat forderte, dass wir die Kandidatin Boris unterstützen sollten und unterstellten uns eine Spaßkandidatur - wie gut dass wir unterschiedlichen Humor haben...

Andere forderten eine Unterstützung der Linken-Bewerberin, die ebenfalls eigentlich mit der Interessenvertretung im Landtag durch ein Mandat beauftragt ist. Vermutlich ärgerten sich die Anhänger der AfD, dass man ihnen einige Protestwähler abspenstig macht. Das ist ein Phänomen, das uns durch die ganzen Wahlkämpfe begleitet. Jeder glaubt, wenn "Sonstige" nicht antreten würden, kämen deren Stimmen automatisch deren Lager zugute. Auf die Idee, dass auch Protestwähler aus allen politischen Farbrichtungen kommen oder alternativ vielleicht gar nicht wählen würden, kommen manche Menschen einfach nicht.

Ebenso interessant war es dann, als weitere "sonstige" Mitbewerberinnen und Mitbewerber auftauchten. Diese boten dann offensichtlich keine Angriffsfläche, zumindest stellten wir keine fest. Einzig bei der Kandidatin der FW gab es einige Alt-Herren-Kommentare hinsichtlich Äußerlichkeiten - Anna-Lena Baerbock musste als Beispiel herhalten - zum Fremdschämen.

Die übersandten Wahlprüfsteine versuchten wir im Rahmen unserer zeitlichen Möglichkeiten zu beantworten. Da unsere Kandidatin - anders als die Mitbewerbenden aus dem Landtag, die aus Steuergeldern bezahlt werden - voll berufstätig ist und im Rahmen ihrer Tätigkeit vieles von dem auszubügeln versucht, was in der Stadtverwaltung schief läuft - war dies nicht in dem Maße möglich, wie es eigentlich unser Anspruch ist, da von Wahl zu Wahl mehr Anfragen eintreffen. Letztlich offenbarte sogar die Lokalredaktion der Volksstimme, dass sie Fake-Anfragen stellen ließ, die vor allem das Zeitfenster der Kandidierenden ohne professionelles Wahlkampfteam zusätzlich belasteten.

Die einschneidendste Beeinflussung des Wahlkampfs zu unseren Ungunsten leistete sich ein Magdeburger Stadtmagazin, das mit einer Print-Auflage von fast 30.000 Exemplaren und Online als E-Paper kostenlos verfügbar ist. Dieses Magazin stellte in seiner April-Ausgabe unsere Kandidatin der Öffentlichkeit als faule Stadträtin vor: Die "54-jährige Stadträtin Bettina Fassl", so wurde behauptet, fliege im Stadtrat völlig "unter dem Radar", sie stelle keine Anträge und würde sich nie zu Wort melden. Die Krux an dieser Darstellung ist, dass unsere Kandidatin überhaupt nicht im Stadtrat Magdeburg vertreten ist, somit überhaupt keine Anträge stellen und sich nicht zu Wort melden kann! Die tatsächliche Stadträtin unserer Partei, die ebenfalls im Artikel benannt wird, kann nicht gemeint gewesen sein, diese ist weder 54-jährig, kandidierte nicht für die OB-Wahl und ist mitverantwortlich für einen nicht unwesentlichen Teil der von der Fraktion gestellten Anträge. Da das Magazin zwischenzeitlich zwar eine Unterlassungserklärung unterzeichnet hat, aber weder vor der Wahl (nachweislich bis 22.04.2022) das Heft online vom Netz nahm noch eine Gegendarstellung veröffentlichte, findet hierzu in den nächsten Tagen eine Verhandlung vor dem Landgericht in Magdeburg statt. Das Magazin hat mit den veröffentlichten Unwahrheiten einen nicht unerheblichen Anteil daran, dass sich ein Teil der potentiellen Wählerschaft - unsere Partei erreicht bekanntlich vorwiegend jüngere Wählerschichten, die auch die Zielgruppe besagten Magazins sind - nachweislich in seiner Wahlentscheidung massiv beeinflusste. Hierfür wird es die Konsequenzen zu tragen haben, da sich die Unwahrheiten sonst auch auf den Wahlausgang der Kommunalwahl 2024 negativ auswirken werden. Unsere Kandidatin selbst hat festgestellt, dass auch sie niemanden gewählt hätte, dem ein Stadtmagazin Faulheit im Stadtrat bescheinigt...

Wir hatten uns auf einen umweltfreundlichen Wahlkampf verständigt und dieses Mal auf Plakatierung verzichtet. Die Materialschlacht der anderen Kandidierenden hat die Umwelt genug belastet, aber man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass dieser massive Kapitaleinsatz Wirkung zeigt. Mit einem ausführlichen Wahlprogramm unter dem Motto "Neue Perspektiven" stellten wir eine mögliche andere Variante einer Zukunft unserer Stadt vor und wir hoffen, dass der oder die neue OB einige Punkte davon in den kommenden sieben Jahren aufgreifen und umsetzen wird. Zumindest wird ein großer Teil in unser Kommunalwahlprogramm 2024 einfließen.

Wir bedanken uns bei allen Wählerinnen und Wählern, die unserer Kandidatin ihre Stimme gaben. Unser Augenmerk legen wir nun auf die Bürgermeisterwahl im Weida-Land und wünschen unserem Kandidaten Michael Schelle im Mai ein hervorragendes Wahlergebnis. Und nicht vergessen: Die nächste Wahl kommt immer schneller, als man denkt...

Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz
- Tierschutzallianz -

Der Vorstand am 25.04.2022